

## Protokoll Nordstadt-Forum vom 20. August 2008:

### **1. Begrüßung / Protokoll der letzten Sitzung am 03.06.2008 / TOPs dieser Sitzung**

Es erfolgt die Begrüßung durch Herrn Lierhaus und ein kurzer Rückblick auf die letzte Sitzung. Zum Protokoll der letzten Sitzung gibt es keine Anmerkungen. Der Punkt „Zukunftsdialo g Nordstadt“ wird heute fortgeführt. Referent ist Thomas Bahr (CDU).

### **2. Schwerpunktthema: „Zukunftsdialo g Nordstadt“ – Fortführung „Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Nordstadt“ (Thomas Bahr, CDU Fraktionssprecher BV Innenstadt Nord)**

Herr Bahr erläutert, dass der Sozialstrukturatlas der Stadt Dortmund ausschlaggebend für die vorliegende Positionierung der CDU sei. Mit Verweis auf die Einkommenstabelle als stellvertretender Indikator für die Beschreibung der sozialen Lage wird zunächst erläutert, dass die Einwohner der Nordstadt deutlich abgehängt sind von der Entwicklung der übrigen Stadt. Demnach bündeln sich hier alle typischen Nachteile des innerstädtischen Wohnens. Besonders zeichne sich dies in der Fluktuation ab; alle fünf Jahre tauscht sich die Bevölkerung der Nordstadt einmal aus – allerdings nur statistisch betrachtet. Trotzdem bündele dies alle Nachteile und Probleme.

Aus diesem Grunde wirft Herr Bahr einige Fragen auf:

- Wie erreichen wir Stabilität in der Bewohnerschaft?
- Wie kann man den Arbeitslosen mehr Einkommen und Teilhabe geben?
- Warum ziehen die sozialen Aufsteiger fort?
- Wie bekommt man die soziale Mittelschicht in die Nordstadt?
- Wie kann man Wohnkarrieren möglich machen?
- Wie kann Wohnraumqualifizierung erfolgen?

Den Hauptansatz sieht die CDU in der Schaffung eines lebenswerten Umfeldes. Dazu müsse man die Probleme offen benennen.

Anschließend zählt Herr Bahr die „Schandflecke“ der Nordstadt auf:

- Mallinckrodtstraße
- Junkies
- Prostitution
- Dreck
- Kriminalität
- Sozial unverträgliches Verhalten
- Angsträume

Weitere Mängel seien:

- kein „Bürgertum“
- hoher Migrantenanteil in den Schulen
- geringe Konsumqualität
- minderwertiges Wohnungsangebot

Die CDU sehe ihre Aufgabe in der Beseitigung dieser Missstände. Wichtig sei es dabei, Stärken auszubauen und die Mittelschicht intensiv zu fördern, anstatt die Probleme der Randgruppen unter höchstem Ressourcenaufwand geringfügig zu verbessern.

Als Stärken der Nordstadt nennt Herr Bahr:

- optimale Infrastruktur

- Urbanität
- Kulturangebot
- die beste Grundschule
- viele Kinder

Fraglich sei, inwiefern diese Stärken auch ausgebaut werden. Einige Lösungsvorschläge für die angesprochenen Probleme seien:

Eine weiterführende Schule sollte zu einer „**Premiumschule**“ ausgebaut werden (modernste Ausstattung, Zusammenarbeit mit Universitäten und Wirtschaft, kleine Klassen usw.). Gute Schulen müssten zu einem Alleinstellungsmerkmal der Nordstadt werden, z.B. werde die Vincke-Grundschule durch einen Neubau ersetzt. Des Weiteren sollen Spielplätze aktiviert werden, wobei jedoch darauf hingewiesen wird, dass mehr Angebote für Kinder und Jugendliche nicht die Probleme der Nordstadt lösen.

**Wohnkarrieren** sollen ermöglicht werden. Als „Keimzelle“ muss ein Quartier mit hochwertigem Wohnraum geschaffen werden. **Verwahrloste Häuser** sollen aufgekauft werden. Warum nicht moderne urbane Wohnformen in der Nordstadt schaffen anstatt in der Peripherie (z.B. in Brechten)? Als ein gutes Beispiel für städtischen Wohnungsbau wird das Beginen-Projekt herausgestellt.

Bestehende **Brachflächen** sollen wieder industriell nutzbar gemacht werden, **Kleingewerbe** soll gefördert und die Chance der **Kreativwirtschaft** genutzt werden. Im **Fredensbaupark** soll die Situation der Gastronomie verbessert werden, zudem sollen Verbesserungen in den Bereichen Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung geschaffen werden.

Es sollen mehr **Angebote für die Mittelschicht** geschaffen werden. Positiv werden hier Angebote wie z.B. das Café Killefitt erwähnt. Dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf dem Nordmarkt die sozialen Probleme der Nordstadt nach wie vor für jedermann sichtbar werden und mitunter auch abschreckend auf Besucher wirken.

Die **Straßen- und Platzhausmeister** sowie das **Quartiersmanagement** werden als zwei der wichtigsten Errungenschaften der letzten Jahre gelobt, sie sollten jedoch noch durch „**Straßenkümmerer**“ ergänzt werden. Außerdem müsse es beim Quartiersmanagement mehr Kontinuität und längerfristige Perspektive geben. Der häufige personelle Wechsel wegen befristeter Arbeitsverträge sei unbefriedigend.

Die **Eingänge in die Nordstadt** sollen umfangreich aufgewertet werden, um die Übergänge zur Innenstadt attraktiver zu gestalten. Als ein gelungenes Beispiel für eine **städttebauliche Aufwertung** wird auf das Projekt „**Bilderflut**“ verwiesen.

Die **Grünflächen** der Nordstadt sollen mehr gepflegt werden. Der Lärmschutz müsse verbessert bzw. die Verkehrsbelastung verringert werden. Die Prostitution müsse eingegrenzt werden. Es müssen tagesstrukturierende Angebote für Menschen mit einer Ballung von sozialen Problemen geschaffen werden.

Dem Beispiel einer in vielen Städten bereits vorhandenen „**Müllpolizei**“ soll gefolgt werden. Dies würde bedeuten, dass wilden Müllablagerungen systematisch nachgegangen wird, um den Verursacher ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen. Auf diese Weise sollen Verhaltensänderungen erwirkt werden. Es soll verstärkt Angebote für Mehrfachgeschädigte geben, die mit großen sozialen Problemen zu kämpfen haben. Ein Druckraum soll jedoch nicht in die Nordstadt.

*(Den kompletten Vortrag von Thomas Bahr finden Sie im Anhang)*

## Diskussion

**Hubert Nagusch** stellte die Frage, wie Herr Bahr die Mittelschicht, welche er in die Nordstadt ziehen will, definieren würde. Herr Bahr erwiderte, dass er den Begriff Mittelschicht nicht scharf abgrenzen wolle, z.B. an Einkommensverhältnissen etc. Vielmehr sei es für ihn nicht unmittelbar von den finanziellen Verhältnissen abhängig, ob jemand zur Mittelschicht zähle. Er erläuterte weiterhin, dass die Migranten mittlerweile eine neue

Mittelschicht bilden, während die seit ca. 1955 geborenen Deutschen jedoch fast ausnahmslos aus der Nordstadt verschwunden seien.

**Reiner Staubach** sprach die Problematik der verwahrlosten Häuser an und fragte, ob hier ein Eingreifen durch die Stadtverwaltung stattfinden solle.

**Thomas Bahr** verdeutlichte, dass man unbedingt ein Abwandern der Bevölkerung in die „Speckgürtel“ verhindern sollte. Er persönlich wünscht sich ausdrücklich großstädtisches Leben mit Highlights und modernen Wohnformen. Diese müssten jedoch auch von Polizei und Ordnungsamt begleitet werden. Es dürfe hier nicht nur punktuelle Fortschritte oder gar nur eine Verlagerung von Problemschwerpunkten geben, indem z.B. massiv gegen problematische Häuser vorgegangen wird. Herr Bahr hält es jedoch für möglich, dass in bestimmten Bereichen eine „ausstrahlende Keimzelle“ als gutes Beispiel vorangeht, und den Ausschlag für eine positive Entwicklung auch des Umfeldes gibt. Es ist jedoch relativ schwer abzuschätzen, wie groß eine solche „Keimzelle“ sein muss, um ihr Umfeld zu beeinflussen. Wohnkarrieren sollte man im Blick behalten, damit sie stabil bleiben. Die Kommune sollte hier investieren, statt in Trabantsiedlungen.

**Laurenz Nurk** lobte die ausdrückliche Erwähnung der Tatsache, dass „Geld in die Hand genommen“ werden müsse. Er forderte die Mitglieder aller politischen Parteien auf, zunächst bei sich selbst anzufangen mit der Frage, wo Geld gespart bzw. anders verwendet werden kann.

In Bezug auf die Definition der Begriffe Mittelschicht bzw. Unterschicht verwies er darauf dass es wichtig sei, dass die verschiedenen Schichten durchlässig seien. Auch Angehörige der Unterschicht dürfe man nicht „abschreiben“, vielmehr sollten ihnen verbesserte Möglichkeiten zum Aufstieg geschaffen werden. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass in der Nordstadt mehr als 1000 Vorschulplätze fehlen würden. Es handele sich hierbei um einen Planungsfehler, der die erwähnten Aufstiegschancen drastisch reduziere.

**Thomas Bahr** stellte fest, dass Begriffe tabuisiert werden; so werde es negativ aufgefasst, wenn man jemanden als Angehörigen der „Unterschicht“ bezeichnen würde. Er wies nochmals darauf hin, dass die Abgrenzung zwischen den Schichten schwierig sei und nicht an Einkommensgrenzen festgemacht werden sollte. Außerdem stellte er fest, dass Arbeitslosigkeit von der lokalen Politik nur in bestimmten Randbereichen reglementiert werden könne.

**Frau Berling-Schink** äußerte, dass die Probleme der Nordstadt seit 30 Jahren die gleichen seien. Nach wie vor seien Müll und Dreck ein Problem. Hier könnten ihrer Meinung nach mehrsprachige Hinweisschilder Abhilfe schaffen. Der heutige Migrantenanteil sei seit 1970 absehbar gewesen, die Politik hätte dies vernachlässigt. Auch sei es Aufgabe der Politik, Treffpunkte und Aufenthaltsorte für die Menschen zu schaffen, und zwar in ausreichendem Maße.

**Reiner Staubach** machte darauf aufmerksam, dass der Anteil bereits 1978 bei 27% lag.

**Thomas Bahr** wies bezüglich der Grillflächen im Fredenbaumpark darauf hin, dass eigentlich ausreichend Flächen vorhanden seien. Problematisch sei es, dass unreglementiert einfach praktisch überall gegrillt werden würde. In der Nordstadt werde dies anscheinend anders gehandhabt als in anderen Stadtbezirken, da beispielsweise im Rombergpark gegen derartige Entwicklungen vorgegangen wird.

**Herr Scheel** als Vermieter der WAM bemängelte, dass das Potenzial der Einrichtung mit ihren 300 Studenten noch nicht bei der Politik angekommen sei. Im Bereich der Bornstraße habe man hier verstärkt mit dem Straßenstrich in der Ravensberger Straße zu kämpfen; Studentinnen würden z.B. angesprochen werden, weil sie für Prostituierte

gehalten werden. Die Stadt stelle hier keinen Ansprechpartner zur Verfügung. An Herrn Bahr richtete er die Aussage, dass hier richtige Vorschläge gemacht worden seien. Er fragte jedoch, wer dies umsetzen soll. Wichtig sei zum Beispiel eine bauliche Abgrenzung des Straßenstrichs, damit sich dieser nicht auf die Bornstraße ausweite.

**Thomas Bahr** stellte fest, dass eine Abgrenzung bisher anscheinend an rechtlichen Problemen gescheitert ist.

**Hubert Nagusch** erläuterte, dass Entwicklungen wie der Straßenstrich in anderen Stadtbezirken wie z.B. Aplerbeck nicht existieren könnten. Offenbar würden Menschen mit Bildung und Besitz ihre Interessen intensiver vertreten und sich gegen unerwünschte Entwicklungen mehr zur Wehr setzen. Insgesamt sei festzustellen, dass bezüglich der Problemanalyse zwischen SPD und CDU keinerlei Dissens bestehe.

Er stellt fest, dass URBAN II ein gutes Programm für die Nordstadt gewesen sei, ohne es mit Sicherheit anders aussehen würde. Das bürgerschaftliche Engagement, welches durch URBAN II gefördert wurde, brauche jedoch Solidität. Auch vor diesem Hintergrund wurde es begrüßt, dass die CDU strukturelle Veränderungen für die Nordstadt fordert.

**Reiner Staubach** merkte an, dass bei der Aufzählung der Potenziale der Nordstadt die Vielfalt gefehlt habe. Sonst sei die Zusammenstellung positiv zu bewerten. In der Vergangenheit sei hin und wieder die Auffassung vertreten worden, man könne die Nordstadt auch einfach sich selbst überlassen, da Investitionen scheinbar wirkungslos blieben. Erfreulicherweise werde diese Einstellung von der CDU hier nicht vertreten. Ein Widerspruch sei der Vorschlag zur Ausweitung der Industrieflächen. Diese Aussage stehe im Konflikt mit dem Ansatz der Verbesserung der Lebensqualität und der Forderung nach hochwertigem Wohnraum und Wohnkarrieren.

**Thomas Bahr** stimmt zu, dass auch er einen derartigen Konflikt sieht. Unabhängig davon, ob Neuansiedlungen gewerblicher oder industrieller Natur seien, sollte man sich immer fragen, was die größtmögliche Anzahl an Arbeitsplätzen in die Nordstadt bringt. Zwar verringere beispielsweise die Schwerindustrie die Qualität des in der Nähe liegenden Wohnumfeldes, trotzdem sei es wichtig, dass die Nordstadt von neu geschaffenen Arbeitsplätzen direkt profitiere. Ansiedlungen im Logistikbereich allerdings würden bei einem großen Flächenverbrauch nur wenige Arbeitsplätze schaffen.

**Herr Meißner** merkte kritisch an, dass der Dialog hier zwischen Parteien und nicht zwischen einzelnen Politikern stattfinden würde. Die Prostitution sei schon oft genug bei Dezernent Steitz angesprochen worden, der „dies nicht glaubwürdig“ fand. Das Problem müsse also neu aufgezeigt werden.

**Herr Scheel** forderte eine bauliche Begrenzung des Straßenstrichs. Er merkte an, dass es nicht mal ein Schild gibt, welches auf den Anfang/das Ende des Sperrbezirkes hinweist.

**Hans-Georg Schwinn** wendet daraufhin ein, dass Schilder noch niemals ein Problem gelöst hätten. Er weist darauf hin, dass eine Schließung der Ravensberger Straße zur Folge hätte, dass sich die dort ansässigen Prostituierten unkontrolliert in der gesamten Nordstadt verteilen. Es wäre zu überlegen, ob das jetzige Gebiet vergrößert werden kann, um den räumlichen Druck vom umliegenden Teil der Nordstadt zu nehmen. Mit der momentanen Situation sei die Polizei überfordert, zudem sind die mit 2,5 Stellen besetzten Beratungsangebote durch die gestiegene Zahl der Prostituierten überlastet.

Politiker aller Parteien würden an dem Thema arbeiten. Um negative Auswirkungen des Straßenstrichs zu verhindern, müsste man viel Geld aufwenden, was dann an anderer Stelle (in anderen Stadtteilen) wieder fehlen würde.

**Herr Mödder** äußerte, dass die Bewohnerschaft gegen den Straßenstrich sei, und keines der ortsansässigen Unternehmen den Straßenstrich gewollt habe. Er bemängelte, dass kein Diskussionsprozess stattgefunden habe, wie dies in anderen Städten der Fall sei. So habe man beispielsweise in Köln einen Erfolg erzielt und derartige Einrichtungen weit in die Außenbezirke verdrängt.

Problematisch in Dortmund sei es, dass zunächst eine Duldung erfolgte. Der Zustand der Duldung habe dann solange angedauert, bis sich die Einrichtung und auch die Probleme verfestigt hatten. Nach Auffassung von Herrn Mödder hätte man das Gelände eher zur Ansiedlung neuer Firmen nutzen sollen, und für die Prostitution beispielsweise Brachflächen im Hafen zur Verfügung stellen sollen.

Weiterhin bemerkt Herr Mödder, dass das Café Killefitt zwar eine gute Entwicklung für den Nordmarkt war, dass dies aber nicht dazu beigetragen habe, andere unerwünschte Gruppen von dort fernzuhalten. Auch das Problem der Verschmutzung würde hier nach wie vor bestehen. Auch vor diesem Hintergrund rät Herr Mödder davon ab, finanzielle Mittel für den Straßenstrich zu verwenden. Diese Mittel müssten eher für Aufwertungen in anderen Bereichen zur Verfügung stehen.

**Ralf Appel** erläutert, dass die Nordstadt nicht der einzige Problembereich sei, dies ist vor allem auch durch den Sozialstrukturatlas und den Aktionsplan Soziale Stadt deutlich geworden. Gleichwohl sei die Nordstadt ein Quartier, welches von den Medien massiv stigmatisiert werde. Die Ideen, die von der CDU vorgestellt wurden, sind nach seiner Auffassung deckungsgleich sowohl mit den Vorstellungen der SPD als auch der Verwaltung.

Bezüglich verwaarloster Häuser und Aufwertungen in diesem Bereich macht Herr Appel deutlich, dass die Stadt hier weniger Handlungsspielraum hat, als oft vermutet wird, da sie nicht in privates Eigentum eingreifen kann.

Weiterhin betonte Herr Appel, dass man sich seitens der Verwaltung auch weiterhin um die Nordstadt bemühe, insbesondere indem weitere Fördergelder beantragt werden. Allerdings werde man auch langfristig „aus der Münsterstraße keinen Westenhellweg machen. Das wäre jedoch auch der falsche Weg!“

Anschließend an die Diskussion erfolgen noch einige aktuelle Veranstaltungshinweise. Beim nächsten Nordstadtforum nach den Herbstferien wird **Hans-Georg Schwinn** die Diskussion mit einer Präsentation von Bündnis90/Die Grünen fortsetzen. Allgemein wird der Wunsch geäußert, zukünftig mit den Sitzungen eine Stunde früher anzufangen, damit genug Zeit für Erörterungen bleibt.

Protokoll: Dennis Zilske  
Dortmund, den 15. September 2008